

Viel zu viel Aufwand

Klimapolitik: „Kritik an Baerbocks Plänen“, FR-Politik vom 17. Mai

Als fleißiger FR Leser möchte ich mich mal bzgl. Energiewende zu Wort melden. Wir haben seit April 2020 eine toll funktionierende PV-Anlage auf dem Dach mit einem 9,6 kWh-Speicher im Keller. Die liefert auch bei bedecktem Himmel wunderbarer Strom, so dass wir uns bis auf zwei bis drei Monate im Winter komplett mit Strom selbst versorgen. So weit, so gut! Nun könnten wir auch einspeisen, denn wir erzeugen schon ab Februar Überschussstrom, bei gutem Wetter schon ab elf Uhr morgens. Unser neuer Zähler zählt, was geliefert wird und was wir ins Netz speisen.

Um einzuspeisen, müssten wir nun ein Kleingewerbe anmelden und bekämen 7,7 Cent pro kWh, wobei wir rund 31 Cent pro gelieferte kWh zahlen. Zudem müssten wir dann die Einnahmen noch in die Steuererklärungen einbringen. Das ist einfach lächerlich und viel zu viel Aufwand. Ergebnis für uns: Wir speisen (bis auf ein bisschen „Pufferstrom“) nichts ein. Die Anlage lassen wir dann einfach runterregeln, obwohl wir eine sinnvolle Energiewende befürworten und gerne Strom liefern würden! Es wäre so einfach, da der Zähler ja alles registriert! Man müsste nur die Stromlieferung mit der Einspeisung „verrechnen“. Gerne auch mit einem geringeren Wert für die Einspeisung ...

Man muss sich das mal vorstellen. Wir könnten lokal hier unterstützen und damit auch das Netz entlasten, aber so ist das Ganze einfach ein Farce. Der Staat macht das unnötig aufwendig. Eine Einspeisung möglicher CO₂-neutraler Energie wird nicht gewünscht! Thomas Kiefer, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/klimapolitik

Nicht gut genug?

Zu: „Die Welt des Fredi Bobic“, FR-Sport vom 20. Mai

Jeder Mensch macht Fehler – nicht aber Fredi Bobic. Für ihn machen die anderen Fehler, er wird bestenfalls missverstanden. Bobic wirkt in höchstem Maße arrogant – und ist nicht Arroganz der Partner von Dummheit? Wie sollte ein Bobic – bei seinem Werdegang – auch über eine gewisse Bildung verfügen, die Grundwerte wie Anstand, Respekt und Verständnis beinhaltet? Sein Verhalten war und ist unehrlich. Die Wahrheit ist, dass dieses Verhalten von kapitalistischen Motiven geprägt ist und wir Fußballanhänger uns von der Romantik verabschieden müssen (schon lange mussten), dass hier unser Fußballsport im Vordergrund steht. Bobic würde gut in die von Finanzhaien geprägte Premier League passen. Aber dafür ist er wohl nicht gut genug? Winfried Lotz, Maintal



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210525

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD) über das Thema „Frankfurt schrumpft: Wie geht es weiter“, In der Reihe „Göpferts Gäste“ des „Club Voltaire“, Video-stream. Einwahl daten unter club-voltaire.de/veranstaltungen
Donnerstag, 10. Juni, 19 Uhr

Die wirtschaftsliberalen Klimaschützer

FDP-Parteitag und -Wahlprogramm: „Nicht überzeugend“, FR-Meinung vom 17. Mai

Die Liberalen und ihr Steuernmantra

Schon vor vier Jahren weigerte sich die FDP, eine Regierung zu bilden. „Lieber nicht regieren, als falsch regieren“, so ein damaliger Slogan. Heute bietet sie ihre Mitarbeit in einer Regierung an. Aber mit der Einschränkung, „dass die FDP nicht in eine Regierung eintreten werde, wenn zu deren Programm höhere Belastungen für Beschäftigte oder für Arbeitgeber gehörten“.

Also: Steuererhöhungen nicht mit der FDP! Wie sieht das praktisch aus, wenn Grüne und SPD schon jetzt von Steuererhöhungen sprechen, um die Schulden aus den Zeiten der Coronapandemie abzubauen? Das heißt doch, dass die FDP mit diesen Parteien keine Regierung bilden wird/kann. Bleiben also noch CDU, AfD und Linke. Eine Zusammenarbeit mit der Linken ist auszuschließen. Mit der AfD gab es schon in Thüringen mehr als nur einen parteipolitischen Flirt. Sollte auf Bundesebene ein neuer Versuch probiert werden? Für Kernliberale eine Todsünde. Als Koalitionspartner bleibt somit nur die CDU.

CDU und FDP wollen eine Mehrheit auf Bundesebene erreichen. Das halte ich bei allem

Optimismus der FDP-Spitzen für einen schlechten Scherz. So wird es wieder sein wie vor vier Jahren: Man schleicht sich schon vor der Wahl aus einer Regierungskoalition, verpackt die Feigheit in schöne Worte und Absichtserklärungen, alle anderen Punkte des Wahlprogramms werden dann bedeutungslos – oder wollen die Liberalen doch noch Steuererhöhungen akzeptieren? Heinz Schultheis, Rödermark

Umverteilung über die CO₂-Bepreisung

Generell mag man zur FDP und ihrem Wahlprogramm stehen, wie man will, aber in Sachen Klimaschutz ist sie auf der richtigen Spur: Die CO₂-Deckelung durch Versteigerung von Emissionszertifikaten ist die Methode der Wahl. Sie gewährleistet die sichere Begrenzung der Emissionen entsprechend einem vorgegebenen Pfad (wie vom Verfassungsgericht gefordert). Zweitens werden die verbleibenden Emissionen bzw. die sie verursachenden Brenn- und Kraftstoffverbräuche dorthin gelenkt, wo am schwersten auf sie verzichtet werden kann. Drittens ist die Methode vorzüglich geeignet, um die soziale Flankierung des Klimaschutzes zu ermöglichen.

Beispielsweise ergibt ein (angenommener) Preis von 100 Euro pro Tonne beim derzeitigen Gesamtausstoß von rund 700 Millionen Tonnen ein Aufkommen von 70 Milliarden Euro. Wird dieses einheitlich in Höhe von 850 Euro pro Kopf als „Klimabonus“ ausbezahlt, ergibt sich für die ärmeren Bevölkerungsgruppen ein Gewinn: Da auf die Angehörigen des untersten Einkommensfünftels durchschnittlich nur rund fünf Tonnen CO₂ pro Jahr entfallen, betragen ihre zertifikatsbedingten Mehrausgaben für Brenn- und Kraftstoffe 500 Euro. Bei Angehörigen des obersten Einkommensfünftels hingegen betragen die Emissionen rund 14 Tonnen pro Kopf und Jahr, die zertifikatsbedingten Mehrausgaben 1400 Euro, und sie werden netto mit 1400 – 850 = 550 Euro belastet. Ist der CO₂-Preis höher, ist die Verteilungsmasse entsprechend größer und die Umverteilungswirkung zugunsten der Ärmere noch stärker. Auch wenn ein Teil des Aufkommens nicht auf diese Weise ausgeschüttet, sondern beispielsweise für den Umbau des Verkehrssystems oder des Gebäudebestandes eingesetzt wird, bleibt ein Umverteilungspotenzial grundsätzlich bestehen. Heinz Welsch, Weitersburg

Die Freigabe der Patente wäre ein Signal

Impfstoff: „Biden legt sich mit Big Pharma an“ und „Branche warnt vor Lockerung des Patentschutzes“, FR-Politik vom 7.5.

Nach dem Regierungswechsel in den USA kamen zwei Vorschläge vom neuen Präsidenten Joe Biden, die mich überrascht haben. Der erste Vorschlag betrifft die Besteuerung von international agierenden Konzernen. Biden schlägt vor, die Gewinne dieser Unternehmen weltweit mit 21 Prozent zu versteuern. Die Steuerflucht durch Verschieben der Gewinne in Steueroasen soll unterbunden werden. Zweitens: Aussetzen der Patentrechte für den Impfstoff zur Bekämpfung der Corona Pandemie. Beides sind Themen, die einen wesentlichen Beitrag für eine gerechtere Welt bringen könnten. Speziell

die Besteuerung von Konzernen, die durch Steuertricks kaum Steuern auf ihre immensen Gewinne zahlen, ist längst ein Thema, das steuerehrliche Bürger auf die Palme bringt. Unsere Regierung hat immer wieder betont, dass dieses Problem nicht national angegangen werden kann. Die USA sehen das wohl anders und scheuen sich nicht, diesen Missstand konkret anzugehen. Man hört von der CDU eigentlich gar nichts zu dem Vorschlag und von Finanzminister Scholz nur gebremstes Wohlwollen.

Die Aussetzung der Patentrechte findet bei der Bundesregierung keine Zustimmung. Die

Lobby der Pharmakonzerne ist wohl zu groß. Die Freigabe der Patente würden zwar kurzfristig keine Entlastung bei der Produktion von Impfstoff bringen, aber sie wäre ein Signal. Die menschliche Gesellschaft muss entscheiden, ob sie die Grundversorgung (es geht nicht nur um Impfstoff) dem freien Spiel der Kräfte überlassen will oder ob sozialere Maßstäbe angelegt werden müssen. Wir leben in einer Zeit existenzieller Krisen und die Weltgemeinschaft muss sich fragen, ob Konkurrenz und Abschottung von Wissen durch Patente eher hilfreich oder eher kontraproduktiv ist. Dieter Murmann, Dietzenbach

Entscheidend war das Schulgeld

Zur Kolumne: „Dumme und G'scheite“, FR-Meinung vom 18. Mai

Es würde mich interessieren, wo Herr Herl zur Volksschule gegangen ist. Seine Erfahrungen kann ich nicht nachvollziehen.

Ich wurde 1950 eingeschult. Zu dieser Zeit waren an der Schule zwei Lehrer und ein Religionslehrer an der Schule. An manchen Tagen wurden wir nach Hause geschickt, weil für uns I-Dötzchen keiner Zeit hatte. Wir gingen dann in die Trümmer der bombardierten Häuser und haben gespielt, bis es Zeit war, zu Mittag zu essen. Eine Aufteilung in der Klasse wie von Herl erwähnt kann ich nicht nachvollziehen. Einen Rohrstock

hatte nur der katholische Religionslehrer und machte davon auch mit Genuss regen Gebrauch.

In den Klassen saßen wir Sechsjährigen wohl hin und wieder mal mit den Vierzehnjährigen zusammen, was auch dem Lehrermangel geschuldet war. 1954 hat dann der „Klassenlehrer“ einigen Kindern bzw. deren Eltern geraten, sich bei einer „höheren“ Schule zu bewerben. Die betreffenden Schüler saßen weder rechts noch links.

Die Aufnahmeprüfung habe ich nicht bestanden. Das haben weder mein Lehrer noch meine

Eltern verstanden. Meine Mutter und ich gingen zu der „höheren“ Schule, um Näheres zu erfahren. Es stellte sich heraus, dass nicht Wissen oder Unwissen zur Aufnahme führten, sondern das Schulgeld. Mein Vater war zu der Zeit arbeitslos, und es wurde unterstellt, dass wir nicht bezahlen könnten. Nach einem Jahr kamen einige, die die finanzielle Aufnahmeprüfung bestanden hatten, zu uns in die Volksschule zurück.

Klassifizierung? Wonach bitte? Oder habe ich den „Witz“ nicht verstanden.

Rudolf Brinschwitz, Rodgau